

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh,
Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-
Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Aus-
wärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends
5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10
Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige
Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Charner Wochenblatt.

Nr. 83.

Mittwoch, den 30. Mai.

1866

Zur Situation.

Die „Nat.-Ztg.“ veröffentlicht eine Note des Berliner Cabinets an den preussischen Gesandten in Stuttgart, Baron von Camis, vom 22. Mai, über die Rüstungen der Süd- und Westdeutschen Staaten, worin es heisst: „In der durch die ersten Rüstungen Oesterreichs, Sachsens und Württembergs bewirkten Thatfache, daß die Deutschen Regierungen einander gegenüberstehen, beruhe gegenwärtig ausschließlich die Gefahr des Krieges. Erst Ende März habe sich Preussen zu definitiven Rüstungen entschlossen, als Preussen Kunde davon erhalten habe, daß Oesterreich durch eine Circular-Depesche vom 16. März die Bundesregierungen zur sofortigen Mobilisirung ihrer Contingente in Aussicht auf bundesmässiges Einschreiten gegen Preussen aufgefordert habe“, und als sich an Sachsen wie an Württemberg gezeigt, daß diese Aufforderung auf keinen unfruchtbareren Boden gefallen sei.

Aus Wien wird berichtet: „In der Unterredung, welche der Herzog v. Gramont am Tage seiner Abreise nach Paris mit dem Grafen Mensdorff hatte, dürfte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich dahin ausgesprochen haben, daß der Kaiser niemals irgend einem Versuch, die Erhaltung des Friedens zu sichern, Hindernisse bereiten werde, daß jedoch Oesterreich an dem Kongress nur theilnehmen könnte unter anschließlicher Anerkennung des legitimen Rechts der Verträge als Grundlagen. Somit würde in Betreff Venetiens der Brixener Vertrag, für die Angelegenheit der Herzogthümer der Wiener Vertrag nach der Anschauung Oesterreichs als Basis der Verhandlungen annehmbar sein.“ — Die Zustimmung Preussens zur Konferenz soll den Vorbehalt machen, daß dieselbe keine schiedsrichterliche Kompetenz beanspruche und die Entschliessungen der Regierung nicht behindere.

Aus Berlin wird berichtet: „Von höchstem Ernst der Sachlage zeigen die Oesterreichischen Spezial-Missionen nach Cassel und Hannover; dieselben beziehen sich nicht auf eine Zurückbeförderung der Brigade Kasit aus Holstein, sondern auf eine projectirte Beförderung bedeutender Oesterreichischer Verstärkungen nach Holstein. Sollten diese Spezial-Missionen ihren Zweck erreichen, so würde dadurch der Ausbruch des Krieges unfehlbar beschleunigt werden, denn Preussen würde sich jeder Beförderung weiterer Oesterreichischer Truppen nach dem Norden unbedingt, und nöthigen-

Falls mit Gewalt widersetzen müssen. Zwischen hier und Wien sind vom 29. d. ab die Verhandlungen als abgebrochen zu betrachten.

Das französische Journal „Pays“ enthält in mehreren, wie man sagt, aus dem Ministerium Frankreichs kommenden Artikeln bereits das Vorspiel zu dem Drama, welches in der nächsten Woche aufgeführt werden soll. Oesterreich, heisst es da zunächst in Bezug auf die Lösung der italienischen Frage, könne Venetien nicht verkaufen, das sei gegen seine Würde, wohl aber könne es Venetien an Europa abtreten gegen ein gleich großes und gleich bevölkertes Gebiet. In einem zweiten Artikel bezeichnet das officiöse Organ das Gebiet bereits näher, mit welchem Oesterreich zu entschädigen wäre. „Mit dieser „Entschädigung an adriatischen Meere“ — sagt die Nordd. Allg. Ztg. — können wohl nur die dortigen türkischen Besitzungen gemeint sein, und so würden wir mit vollen Segeln den Klippen der orientalischen Frage entgegensteuern, falls Oesterreich die Entschädigung annehmen, die Türkei aber nicht gewillt sein sollte, die in Rede stehenden Provinzen gutwillig abzutreten. Das vorgeschlagene Object ist übrigens für Oesterreich sehr günstig. Bosnien, Albanien, Serbien und Montenegro würden dem Kaiserstaat ein Gebiet von 3289 Quadratmeilen für das Aufgeben von 156 Quadratmeilen in Venetien, verschaffen, und auch die Populationsverhältnisse jener Länder sind dem Tausche nicht ungünstig, da Oesterreich in ihnen den Zuwachs von etwa einer Million erhalten würde. Allerdings würde hierdurch der Schwerpunkt Oesterreichs sehr bedeutend nach dem Osten hin verlegt und seine Verbindung mit Deutschland gelockert werden. . . Freilich hat sich die österreichische Politik bisher stets gestraubt, diese Verlegung seines Schwerpunkts vorzunehmen und wir müssen daher um so gespannter darauf sein, ob das von dem „Pays“ angeregte Project eine Zustimmung in Wien findet. Nach den Auslassungen der österreichischen Zeitungen hat dies allerdings keine große Wahrscheinlichkeit.“ Ist die venetianische Frage einmal gelöst, dann lassen sich nach dem „Pays“ die Dinge in Deutschland aufs einfachste und leichteste lösen. Einige der kleineren deutschen Staaten verschwinden, und Deutschland wird in mehrere größere Stücke zerschnitten. Nordschleswig gäbe man an Dänemark, Südschleswig und Holstein an Preussen. Die Reform des deutschen Bundes — sagt das „Pays“ —

geht hauptsächlich die Deutschen an, und es ist an ihnen, sie nach ihren neuen Interessen und ihren gegenwärtigen Tendenzen zu lösen. Aber diese Constitution hat direkte Beziehungen zum europäischen Gleichgewichte. Europa hat also das Recht und die Pflicht, sich um die Fundamental-Veränderungen zu kümmern, welchen die alte Bundes-Organisation Deutschlands unterworfen werden könnte. In der Konferenz könnte Frankreich sich erinnern, daß diese Organisation einer der wichtigsten Artikel der Verträge von 1815 ist, dieses Meisterwerkes des Mißtrauens, welches der Wiener Congress aus Haß gegen unsere damals herabgedrückte Größe, unseren damals verdunkelten Ruhm, ausgedacht hatte, welche aber beide auf den Schlachtfeldern der Krim und der Lombardei wieder auferstanden sind. Ganz Deutschland gehört Deutschland an. Aber, ohne irgend etwas für sich in Anspruch zu nehmen, könnte Frankreich nicht hoffen, daß, während der deutsche Bund sich in aller Freiheit reorganisiert, um bei sich selbst unangenehme Erinnerungen zu tilgen, er den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Weise modificierte, daß der feindselige Character, den die innere Eintheilung seiner Länder an unsere Grenzen von Anfang an in sich trug, gemildert würde? Und wie das? Man bilde — sagt das „Pays“ — am Rhein einen besonderen Ländercomplex, der einen Theil des deutschen Bundes bildet. Die „Kreuzztg.“ erwähnt schon mehrfach sei ihr aus Paris geschrieben, daß dort ganz ernsthaft das Project discutirt werde, die preussischen Rheinprovinzen an Sachsen und Hannover zu geben und Preussen zu entschädigen. Die Idee, die Dynastien von Hannover und Sachsen an den Rhein zu verpflanzen, ist nicht neu, sie wurde schon auf dem Wiener Congress von 1815 eröffnet. So weit läßt das „Pays“ vorläufig den Schleier der französischen Pläne. Deutschland aber wehrt sich mehr als genug davon, um Stellung zu denselben nehmen zu können. Hoffen wir, daß dem inneren Zwist endlich Halt geboten und daß die von außen drohende gemeinsame Gefahr das deutsche Volk einig finden werde!

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 29. Mai. Anzeichen von einer Aenderung der inneren Politik in Preussen sind keine vorhanden; im Gegentheil, Confiscationen von Zeitungen u. mehren sich trotz der

Zeitbetrachtungen von Friedrich Hartort.

„Jeglichem Ding kommt sein Tag“, sagt ein altes Wort; auch das Ministerium Bismarck scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Kammern sind aufgelöst, keine Volksvertretung ist in schwerer Zeit vorhanden. „Der unheimliche Wall der Volksüberzeugung“ umgiebt das Reich nicht mehr! Der Finanzminister ist ohne Budget und das „heidenmässig viele Geld“ hat die reichendste Verwendung gefunden, um fast eine halbe Million der Arbeitsfähigen von ihrem Gewerbe unter Gewehr zu bringen.

Handel und Industrie sind erlahmt; das Vertrauen in alle Papiere ist in erschreckender Weise gesunken; die Kurszettel weisen bereits den Verlust von Millionen nach.

Schon vor dem Ausbruch des Krieges erschallt der Hilferuf von allen Seiten. Die 25 Millionen Darlehnskassenscheine werden die Papierfluth noch vermehren; anders stand die Sache zu Hansemann's Zeiten, wo die Bank eine engere Schranke für ihre Noten hatte; heute laufen 134 Millionen, anstatt 21 Millionen im Jahre 1850; damals verhielt sich das Papiergeld zum Metallgeld wie 19 zu 81. Die preussische Bank, welcher noch im vorigen Jahre das eigene Reich zu eng schien und die deshalb Hamburg und die Herzogthümer demselben einverleiben wollte, sieht

ihre Noten bereits in andern Staaten zurückgewiesen; die großen sind selbst in Preussen schwer zu verßilbern; das gepriesene Silberbassin wird einer starken Verdunstung ausgesetzt sein, wenn der Staatschat sein Metall nicht mehr gegen Noten umtauschen kann, d. h. erschöpft ist! 62 Millionen Silber sind in kritischen Zeiten ungenügend, 134 Millionen Noten zu decken, denn der Verkehr bedarf in normalen Verhältnissen schon 60 Millionen, wie die Erfahrung lehrt!

Die Banktheile stehen im Zeichen des Krebses, seit Dezember haben wir solche von den 154 auf 125 fallen sehen; jetzt mag möglicher Weise das Directorium einsehen, daß die Warnung des Abgeordnetenhauses, die Kräfte nicht zu überschätzen, des eigenen Landes und möglicher schlimmen Zeiten zu gedenken, sehr am Orte war! Hamburg würde jetzt für jede Note Silber fordern; die Baarhaft wanderte aus, uns bliebe das Papier!

Der Segen der Armee-Reorganisation, welcher bei Düppel noch zweifelhaft war, ist durch die jetzige Mobilmachung handgreiflich illustriert worden — die Nation bedarf keiner weiteren Belehrung über diesen Punkt: die Stimmung ist leicht auf den Bahnhöfen und Appellplätzen zu erfahren.

Man vergißt bei dieser kostbaren Demonstration, den unabweisbaren Forderungen des bürgerlichen Le-

bens Rechnung zu tragen und die Frage, ob Kabinettskrieg oder Volkskrieg, zu berücksichtigen.

Treffend urtheilte Napoleon III.: „Das preussische Heer ist bestimmt, das Vaterland zu vertheidigen und nicht die Völker zu unterjochen!“ Für den Geist von 1813—15 fehlt Herrn v. Bismarck die Beschwörungsformel. Heut zu Tage darf der Politiker nicht mehr allein nach Quadratmeilen, Thalern und Köpfen rechnen, sondern er muß auch die riesenhafte Kraft der öffentlichen Meinung, die in den Köpfen steckt, für seine Pläne gewinnen. Die Macht eines Staats beruht nicht allein auf dem Maß seiner materiellen Kräfte, sondern auf dem befehlenden Geiste — das bewiesen die Niederlande vor 300 Jahren jenem Könige gegenüber, in dessen Reiche die Sonne nicht unterging.

Der Premier sucht, nach eigenem Geständniß, seine Hauptleistungen nicht in der inneren Verwaltung, sondern in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Hier muß zugegeben werden, daß die Politik der freien Hand die höchste Ausbildung erlangt hat. Fast dürfen wir, wenigstens in Bezug auf Deutschland, mit dem Araber der Wüste sagen: „Meine Hand gegen Jedermann und Jedermanns Hand gegen mich.“ Was die Herzogthümer anbelangt, so wurde uns geboten, was Recht und Billigkeit fordern durften — will man mehr durch die Waffen erstreiten, so überwiegen Ge-

Verficherung der „Bron-Corresp.“, daß dem Austausch der öffentlichen Meinung der „freieste Spielraum“ gewährt werde. Je größer die Gefahren werden um so peinlicher ist es, daß man sich noch immer nicht zu dem entschließt, was von allen Vaterlandsfreunden tagtäglich als das unumgängliche Nothwendige gefordert wird. Auch auf die Schlesier hat die Belobigung des „Staatsanzeigers“ wegen der Breslauer Adresse nicht wirken können. Die „Bresl. Ztg.“ antwortet dem „Staatsanz.“, daß die Breslauer Bürgerschaft im Jahre 1841 nach dem Vorgange der ostpreussischen Stände die erste Stadt war, welche um Verleihung einer Verfassung zur Erfüllung der Cabinetsordre vom 22. Mai 1815 auf dem schlesischen Landtage petitionirte; sie zog sich damals die Kgl. Ungnade zu. Wie patriotisch und echt preussisch aber die Forderung der Stadt Breslau war, zeigte die Zukunft; schwere Ereignisse wären vermieden worden, wenn Preußen schon damals in die Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten wäre. Derjelbe Geist, welcher in jenen Jahren des politischen Kampfes für politische und religiöse Freiheit die städtischen Behörden Breslaus befeuerte, durchdringt auch die jetzige Breslauer Adresse; ja zum Theil sind es dieselben Männer, welche vor 25 Jahren die erste Petition für Verleihung einer Verfassung anregten und dadurch schwerem künftigen Unheile des Vaterlandes vorbeugen wollten, die heute auch die Adresse anregen. Tadel haben diese Männer oft genug erfahren, und auch etwas Schwereres als Tadel — warum also sollten sie nicht auch einmal Lob, woran sie nicht gerade sehr gewöhnt sind, mit hinnehmen, wenn nur der „Staats-Anz.“ — aufrichtig wäre und aufrichtig sein könnte. Der Artikel des „Staats-Anz.“ anticipirt nämlich die Begeisterung, die bis jetzt in Schlesien eben so wenig wie in den andern Provinzen des Staates vorhanden ist. Diese nationale Begeisterung, welche in einem Weltkampfe, wie er uns jetzt droht, nothwendig ist, kann und wird die Gemüther erst ergreifen, wenn der innere Conflict durch Beseitigung des bisherigen Systems gelöst ist. — Auch in Süddeutschland wirkt die Fortdauer des gegenwärtigen Systems in Preußen entschieden schädlich. Eine Correspondenz aus Süddeutschland, welche die sehr preußenfreundliche „Weiser-Ztg.“ an der Spitze ihres Blattes abdruckt, constatirt, daß der Süden seit Kurzem unverkennbar mehr und mehr in die österreichische Strömung hineingerissen werde. „Würtemberg, Darmstadt und Nassau — heißt es in der Corr. — arbeiten, so viel man sieht, entschieden im österreichischen Interesse. Bayern und Baden haben starke Bedenken, ihren Nachbarn zu folgen; aber es kann leicht kommen, daß sie wider Willen auf diese Bahn gedrängt werden. Fragen Sie nun, was die Dinge seit dem 9., wo ich Ihnen eine wesentlich andere Schilderung entwarf, so sehr umgestaltet hat, so kann ich nur sagen, daß hauptsächlich die Entwicklung der Verhältnisse in Preußen darauf von Einfluß gewesen ist. Alles, was man seit vierzehn Tagen von Preußen hört und liest, dient dem österreichischen Interesse. Wenn die innere Politik der preussischen Regierung noch immer kein Zeichen einer Umkehr giebt und dicht vor dem Ausbruch des Krieges in Preußen selbst der Widerstand gegen das Bismarcksche Regiment die Parole ist, so darf es nicht Wunder nehmen, daß der Süden diesem Beispiele folgt.“ — Se. Kgl. Hoheit der Kronprinz, ist am 28. d. Mts. in Breslau mit dem Schnellzuge aus Berlin hier eingetroffen, auf dem Bahnhofe vom Oberpräsidenten, der Generalität, dem Polizeipräsidenten und einem zahlreichen Offizierkorps empfangen worden, und hat sich dann unter lebhafter Begrüßung Seitens des Publikums nach dem Schlosse begeben.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die schriftlichen Anzeichnungen der vom preussischen Gesandten in der Sitzung des Neuner-Ausschusses des Bundestages vom 11. Mai gemachten vertraulichen Mittheilung, betreffend die preussischen Bundesreform-Vorschläge. Darnach verlangt Preußen ein Parlament ad hoc, kein constituirendes, gewählt nach den Hauptbestimmungen des Wahlgesetzes vom 1849 (auf 80- bis 100,000 der jetzigen Bevölkerung 1 Abgeordneter). Mit diesem Parlament soll vereinbart werden: 1) ein neues Bundesorgan mit periodisch zusammentretender Nationalvertretung, deren Beschlüsse an Stelle der bisherigen Stimmeneinheit des Bundestages treten; 2) die Competenz des Bundesorgans begreift alle gemeinnützigen Materien, welche bisher auf freien Conferenzen oder durch Commissionen verhandelt werden: Heimathsrechte und Freizügigkeit, Patentgesetzgebung, Münz-, Maß- und Gewicht-, Civilprozessordnung; 3) allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung in principeller Beziehung unter dem Gesichtspunkte der regelmäßigen Fortentwicklung; 4) Verkehrswesen zwischen den verschiedenen Staatsgebieten: Eisenbahn- und sonstige Land- und Wasserstraßen, Post- und Telegraphie, Fluß- und andere Wasserzölle; 5) Schutz des deutschen Handels im Auslande, Consularwesen, Schutz der Flagge; 6) Gründung einer deutschen Kriegsmarine, mit Kriegshäfen und Küstenvertheidigungsanstalten, und 7) Consolidirung der Militärmacht Deutschlands durch engeres Zusammenschließen der Contingente, d. h. durchgreifende Revision der Bundes-Kriegsverfassung. — Die identische Einladungsdepesche der drei neutralen Mächte zur Konferenz ist gestern überreicht worden, und so steht die Eröffnung denn wohl schon in den nächsten Tagen bevor, obwohl noch immer freitig ist, ob die Minister oder nur die Gesandten der beteiligten Staaten die Verhandlungen führen werden. Es scheint, daß dies dem Ermessen der einzelnen Regierungen überlassen bleiben soll, und diese werden sich in diesem Punkte wohl nach der Wichtigkeit und der Aussicht auf Erfolg, die sie den Berathungen zuschreiben, entscheiden.

Dresden, den 28. Mai. Der König eröffnete heute den außerordentlichen Landtag. In der Thronrede heißt es: „Nicht Partei zu nehmen, sondern auf die Erhaltung des Bundesfriedens hinzuwirken, sei stets das Ziel Sachsens. Es waren Vorkehrungen unerlässlich, um die sächsische Wehrkraft dem Bunde zur Verfügung stellen zu können. Wegen derselben militärisch bedroht, habe die sächsische Regierung die Vermittelung des Bundes angerufen und gleichzeitig das Heer gerüstet. Auch ein minder Mächtiger würde sich entehren, träte er nicht männlich unberechtigten Drohungen entgegen. Noch sei die Hoffnung auf eine friedliche Lösung nicht aufzugeben. Die sächsische Regierung werde freudig bereit sein, zu einer den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden Bundesreform unter der Theilnahme der Vertreter der Nation die Hand zu bieten.“

München, den 27. Mai. Die zur Eröffnung des Landtages von dem Könige Ludwig II. in Person gehaltene Thronrede enthält unter Anderem: Zwischen zwei mächtigen Gliedern des deutschen Bundes sind Zerwürfnisse ausgebrochen. Kampferüstet stehen die Heere einander gegenüber. Ich war eifrig bemüht, auf Erhaltung des Friedens im Bunde hinzuwirken, dessen Wahrung ebenso sehr die Pflicht jedes einzelnen Bundesmitgliedes wie der Gesammtheit ist. Noch will ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Verderben eines Bürgerkrieges von Deutschland abgewendet werde, daß die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf dem Wege des Rechts, und eine zeitgemäße Reform des deutschen Bundes unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung unserm großen Vaterlande neuerdings einen dauernden Frieden gebe. Für alle Fälle muß Baiern in der Lage sein, trenn dem Gebote der Pflicht und der Ehre, einzutreten für das Recht des Bundes, für das Interesse der deutschen Nation und für seine eigene Selbstständigkeit. Darum habe ich die Mobilis-

tion der Armee angeordnet und den Landtag berufen, um mit dessen Beirath und Zustimmung gesetzlich zu ordnen, was zur Erfüllung jener Aufgaben erforderlich ist.

Oesterreich. Man spricht fortwährend viel von der patriotischen Begeisterung, welche in allen Kreisen der Bevölkerung herrschen soll und weiß nicht genug von der Entschlossenheit zu erzählen, mit welcher man hier dem Kriege entgegensteht. Es ist wahr, daß die Bevölkerung den wirklichen Krieg dem gegenwärtigen Zustande der Ungewißheit, der wie ein Alp auf Allen lastet, vorzieht, es ist auch wahr, daß der Zudrang der Freiwilligen zu den Assentplätzen ein massenhafter ist; falsch wäre es aber, darin den Beweis einer besonderen patriotischen Hingebung erblicken zu wollen, denn in den meisten Fällen ist es die bittere Nothlage, welche die Leute zwingt, zum Gewehre zu greifen, um wenigstens so lange der Krieg dauert, eine verhältnißmäßig sorgenlose Existenz sich zu verschaffen. Von wirklicher Begeisterung findet sich nur wenig vor.

Am 22. hat der Kaiser die Bewilligung ertheilt, daß der gesammten Nordarmee der Kriegsausrüstungsbeitrag verabsolgt wird; man erwartet, daß im Laufe der nächsten Tage die gesammte Süd- und Nordarmee in die höhere Kriegsbereitschaftsgage, respektive Löhnung, tritt, der dann beim wirklichen Ausbruche des Krieges die Kriegsgage selbst folgt. Die Erdarbeiten zur Errichtung von Schanzen wurden vorgestern außerhalb Floridsdorf in Angriff genommen. Die Erdwerke wurden vorerst an der rechten Seite der Brünner Staatsstraße unmittelbar vor dem Eisenbahnviadukt der Stoderaner Flügelbahn derart ausgehoben, daß sich die Flügelbahn noch innerhalb der Verschanzungen und beziehungsweise des Floridsdorfer Brückenkopfes, befindet. Gleich am ersten Tage ist es übrigens zu einem Kampfe zwischen den Wiener Arbeitern, die für jede Kubiklast Erde auszuheben 1 Fl. Arbeitslohn sich ausbedungen hatten, und slovakischen Arbeitern gekommen, die ihre Arbeit für 80 Kr. angeboten; der Kampf, der mit Haden und Schaufeln geführt wurde, endigte mit der Niederlage der Slovaken; außerdem wurden die Marktender geplündert, die Vermessungsbeamten insultirt und die Maurer, welche sich eingefunden hatten, um die Bauarbeiten zu beginnen, mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. — Die „Presse“ bemerkt hinsichtlich der strategischen Bedeutung der Floridsdorfer Schanzen: „Wer den Sieg will, muß selbst auf eine Niederlage gefaßt sein! Wer nur einigermaßen die Karte von Oesterreich kennt, der wird wissen, daß einem siegreichen Feinde der Weg von Olmütz bis Wien offen steht, daß deshalb vor Wien ein Stützpunkt für eine Armee gesucht werden muß, um einen Uebergang über die Donau und ein Einrücken in die Residenzstadt unmöglich zu machen. Hierzu eignet sich vorzüglich das Terrain am linken Donauufer vom Bisamberg bis Stadelau. Während die Anlehnung an den Bisamberg eine kräftige Defensiv bietet, gestattet das übrige flache Terrain eine ausgiebige Offensive. Wir können deshalb die Errichtung des verschanzten Lagers vor Floridsdorf nur mit Gemüthung aufnehmen. Der ungeheure Lagerraum, der durch den weit ausgebreiteten Gürtel der anzulegenden Werke gewonnen wird, die Anlehnung an die Donau machen es möglich, daß sich daselbst eine Armee nicht bloß sicher sammeln kann, sondern der Lagerraum bietet auch durch seine Lage an dem Knotenpunkte dreier Eisenbahnen die Möglichkeit der schnellen ungehinderten Neubildung einer Armee, die jeden Augenblick unter dem Schutze der Werke in die Offensive überzugehen im Stande ist.“ — Bei der böhmischen Festung Terefenstadt ist in der Nähe des Dorfes Böhmisch-Koppitz eine neue Schiffbrücke über die Elbe geschlagen worden. — Auch der Kommandant der Südarmerie-Erzherzog Albrecht, hat an die ihm unterstehenden Truppenkörper einen Tagesbefehl gerichtet, in welchem

hen, eingedenk der Worte Stein's: „Thue was du sollst, komme was da wolle!“

Nach Innen ein Fortschrittsmann zu sein, dagegen nach Außen ein Anexionist mit wem und und aber, ist eine nichtsnutzige Halbheit, welche den Sinn der Nation für das gute Recht verwirrt und den Staatsmännern auf gefährlichen Wegen eine Unterstützung leiht. Preußen und Oesterreich, als treueste Bundesgenossen, machen Eroberungen, verfeinden sich ob den Löwentheil auf Tod und Leben und führen, wie zu fürchten steht, die Einmischung des Auslandes schliesslich herbei — eine unvergleichliche Politik.

Es giebt noch Wohlmeinende, die vor der Gewalt sich beugen und beschwichtigend reden, zum Nachgeben mahnen und sagen, die Sache sei nun einmal verfahren, es müsse geholfen werden! Gut, dann muß aber der Fuhrmann, welcher durch eigene Schuld in den Sumpf gerathen, einem verständigeren Platz machen — oder man läßt ihn stecken. — Es giebt nur einen Glaubensartikel für die künftigen Abgeordneten: Das System und seine Träger müssen beseitigt werden! Eine Nation, welche sich das Regiment einer kleinen Minorität dauernd gefallen läßt, ist charakterlos und muß erst durch die Schule selbstverschuldeter Leiden geläutert und gehärtet werden.

Montalembert's Warnung mögen die Regierenden beherzigen: „Die Völker ertragen es nicht ewig, daß man in ihrem Namen spreche und nicht in ihrem Sinne handle!“ (Rh. Ztg.)

im Innern ist nicht allein der Hemmschuh des staatlichen Fortschritts, der Grund zur Entfremdung zwischen Thron und Volk, sondern schreckt auch jene zurück, welche Deutschland als Bundesstaat mit preussischer Spitze wünschten.

Das System muß unabweisbar beseitigt werden, um Vertrauen zu gewinnen und Eintracht zu schaffen. Herr von Rochau sagt mit Recht: „Es ist ein geschichtliches Naturgesetz, daß neue Staatsverrichtungen neue Menschen erfordern.“ Wer daheim den interpretirenden Absolutismus wünscht, kann draußen kein wirklicher Apostel des allgemeinen Wahlrechts und eines freien Parlamentes sein!

Metternich's Staatsweisheit lautete: „Man muß die Verfassung lähmen und nichtig machen, wenn sie ungefährlich sein soll!“ (Das Wort Interpretation war damals noch außer Brauch.) Wir haben erlebt, daß sein trügerischer Bau zusammenbrach und der Vater des schwarzen Cabinets und der Geistesknechtung, verfolgt von dem Unwillen des Volks, flüchten mußte und nie wieder auf der politischen Bühne erschien.

Was ist aus unserer Verfassung geworden? Dieses Bild liegt, seit den jüngsten Debatten im Hause der Abgeordneten, in klaren Zügen entrollt vor den Augen der Nation; solche Zustände dürfen und können nicht bleiben. Ein neues Haus wird aus der Volkswahl wieder hervorgehen, diesem wird die schwere Pflicht obliegen, männlich für die Volksrechte einzustehen.

warme begeisternde Worte zu den Siegern von Custozza und den „Helden von Novara“ gesprochen werden. Den Wortlaut dieser Ansprache erklärt die „Debatte“ nicht veröffentlicht zu können.

Frankreich. Das Auftreten des Prinzen zu Hohenzollern in Rumänien hat hier sehr überrascht. Derselbe wenigstens hat Frankreich die Candidatur des Prinzen nicht im Mindesten begünstigt. Eben so wenig hat ihr Graf v. d. Glog auf der Moldau-Walachischen Konferenz jemals auch nur andeutungsweise das Wort geredet, vielmehr für die Beibehaltung des Status quo gestimmt. Der Prinz ist dem Vernehmen nach mit einem Schweizerischen Pässe gereist.

Großbritannien. Vom neuen atlantischen Telegraphenabel sind jetzt ungefähr 900 englische Meilen in den Behältern an Bord des „Great Eastern“ untergebracht; jede, 24 Stunden werden gegen 60 Meilen eingelegt. Ungeachtet der ungeheuren Räume des Monteschiffes wird dasselbe, wie man gefunden, nicht im Stande sein, die gewaltige Masse ganz aufzunehmen und man hat daher den Schraubendampfer „Medway“ gedungen, um einen Theil des Kabels an Bord zu nehmen; ein zweiter Schraubendampfer, der „Albany“ ist engagiert, um das Unternehmen zu unterstützen und von der königlichen Flotte ist auch diesmal wieder der „Terrible“ zugesagt worden. Nach den getroffenen Anordnungen wird die Springschiffahrt am 28. Juni benutzt werden, um den „Great Eastern“ aus dem Hafen hinauszubringen, die Legung des Kabels soll 14 Tage später beginnen.

Italien. Die Wiener „Presse“ will genaue Kenntniss von einem Gespräch haben, das Lamarmora mit dem Russischen Gesandten am Italienischen Hofe, Grafen Stadelberg gehabt hat. Sie kamen auf den Kongressvorschlag zu reden und der General Lamarmora sagte in seiner gewöhnlichen soldatischen Weise Italien hoffe von einem Congresse nicht das Geringste für die Wahrung des Friedens, weil es überzeugt sei, daß Oesterreich die gemachten Vorschläge nicht annehmen werde. Als Stadelberg darauf erwiderte, es handle sich ja nur um Vorschläge und jede der beteiligten Mächte könne solche machen, rief Lamarmora heftig aus: „Der einzige Vorschlag, welchen wir Oesterreich machen können, ist jener Venedig zu räumen; jede andere Transaktion für Italien unmöglich.“ Als hierauf Stadelberg die Bemerkung fallen ließ, daß ein Krieg mit Oesterreich, welches entschlossen sei, den Kampf bis zu den letzten Blutstropfen zu führen, wenn derselbe unvermeidlich sei, denn doch auch für Italien einige Gefahren mit sich führe, erwiderte der Italiensische Minister mit Ruhe: „Italien sei eben bereit, Alles zu wagen, um sein „Recht“ zu erhalten, und es werde den Auspruch adoptiren: „Venedig, oder der Tod.“ Etwas ungeduldig über diese Zähigkeit des Italiensischen Ministers, konnte der Russische Gesandte die Frage nicht unterdrücken, „auf welchen Rechtstitel denn Italien seine peremptorische Forderung, betreffend den Besitz Venedigiens, gründe?“ „Auf das in Europa bereits anerkannte Recht des Nationalitäten-Prinzips, auf das Recht, Herr im eigenen Hause zu sein“, war die heftige Antwort Lamarmora's. — „Um diesem vermeintlichen Rechte allgemeinen Eingang zu verschaffen, müßten Sie die Karte von ganz Europa verändern, Herr General“, erwiderte Graf Stadelberg, „denn unter den fünf Großmächten Europas giebt es keine einzige welche nicht auch über fremde Nationalitäten herrsche: ich erkläre Ihnen offen, daß Rußland zu einer solchen dem Nationalitäten-Prinzip entgegenstehenden Revision der Karte Europas nie seine Zustimmung geben wird. Dagegen ließen sich infunden wohl starke Zweifel aufstellen. Wenn es nur etwas zu gewinnen gäbe, würde das ländergeriege Rußland am Ersten beistimmen.“

Provinzielles

Aus Ostpreußen. Die Beschlagnahmen ostpreussischer Zeitungen hören nicht auf, obwohl die ministerielle Provinzialcorrespondenz neulich versichert hatte, daß die Regierung allen Ansichten den weitesten Spielraum lasse. In den letzten drei Tagen sind die Königsberger Hartung'sche, die N. K. Btg., die Insterburger Btg., der Bürger- und Bauernfreund confiscirt worden. Letzterer erschien zum zweiten Male fast ganz in der weißen Farbe der Unschuld; da ihm der beanstandete Artikel nicht angegeben wurde, ließ er den ganzen politischen Theil fort und brachte nur die Nachricht von der Beschlagnahme und einige Anzeige, im Uebrigen aber weiß Papier.

Rosenberg, 28. Mai. Wie wir hören hatte der Landrath's-Verwalter v. Portatius das Flugblatt: „Die Kriegsgefahr und die Lage des Landes“, das auch in unserer Gegend vielfach verbreitet und bei allen Liberalen Anklang gefunden hat, der Staatsanwaltschaft in Lössau mit dem Antrage auf Beschlagnahme und Einleitung der Untersuchung gegen Verfasser u. c. wegen Verleumdung des Ministeriums überhend, war aber auf seinen Antrag abschlägig beschieden worden. Die Staatsanwaltschaft hatte die behauptete Verleumdung in dem Flugblatt nicht zu finden vermocht. Hiegegen hat Herr v. P. sich Beschwerde führend an die Ober-Staatsanwaltschaft in Marienwerder gewendet und diese soll auf den Antrag eingegangen sein. Es wird nunmehr abzuwarten sein, was der Richter dazu sagt.

Danzig, den 28. Mai. (D. B.) Heute fand auf Requisition der Königsberger und der hiesigen Staatsanwaltschaft bei dem Verleger der „Danz. Btg.“ Haussuchung statt, behufs Beschlagnahme des unter dem Titel: „Die Kriegsgefahr und die Lage des Landes“ von demselben gedruckten Flugblattes. Es wurde davon nichts mehr vorgefunden.

Königsberg. (Die Adresse der Stadtverordneten-Versammlung) lautet nach der „N. Königsberger Zeitung“:

„Allerdurchlauchtigster u. Ew. Majestät naht die unterzeichnete Stadtverordneten-Versammlung mit einer ehrfurchtsvollen Bitte. In ersterer Zeit, in welcher folgenreichere Ereignissen sich drängen, sind die legalen Vertreter des Landes nicht um den Thron versammelt. Bis zu ihrem Zutritt kann das Schicksal des Landes entschieden sein. In solcher Zeit dürfen die Vertreter der Städte sich nicht der Pflicht entziehen, die Stimmung des Landes zur Kenntniss ihres Königs zu bringen; ihre Kompetenz ruht in ihrer Vaterlandsliebe und dem von der allgemeinen Wohlfahrt untrennbaren Wohle der eigenen Gemeinschaft. Wir treiben in Folge der von Ew. Kgl. Maj. Ministern befolgten äußern Politik und insbesondere der Deutschland und Schleswig-Holstein gegenüber eingenommenen Stellung, einem verhängnisvollen Kriege entgegen, ohne daß der innere Friede wiederhergestellt ist, ohne das Volk und Regierung durch das Band gegenseitigen Vertrauens mit einander verbunden sind. In dem bei Weitem größten Theile des Volkes lebt die Ueberzeugung, daß die wichtigsten Rechte des Landes von Ew. Kgl. Majestät Ministern — die verfassungsmäßigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten — sind. Zwischen diesen Ministern und dem Volke ist einträchtiges Zusammengehen, gemeinsame Wirksamkeit unmöglich geworden. Geben Ew. Königl. Majestät dem Volke den inneren Frieden und mit ihm die Kraft einträchtigen Zusammenwirkens wieder! Nur auf diesem Wege, dem Wege staatlicher Freiheit, vermag Preußen die Sympathien der deutschen Brudervölker zu gewinnen und die ihm gebührende Stellung unter den Staaten Europa's zu behaupten. Erfüllen Ew. Majestät unsere ehrfurchtsvolle Bitte, durch gründlichen Wechsel der Personen und des Systems der Regierung, durch Berufung von Männern, die das Vertrauen des Volkes besitzen, den innern Frieden wiederherzustellen und die drohende Gefahr eines deutschen Bruderkrieges abzuwenden. Königsberg, 22. Mai 1866 In tiefster Ehrfurcht — die Stadtverordneten-Versammlung.“

Locales

— **Kreistags-Sitzung am 25. d. Mts.** Der Vorsitzende, der K. Landrath Herr Steinmann, stellte die neu eingetretene Vertreter der Stadt Thorn im Kreistage vor, nemlich die Herren: Kämmerer Hoppe, welcher als Stellvertreter für den erkrankten Herrn Lambert fungirte, Syndikus Joseph, Täge und G. Prome.

Demnächst theilte der Vorsitzende mit, daß der Kreis Thorn an die Magazine zu Danzig und Marienburg für den Monat Juni d. J. 25 Wispel Roggen, 84 Wisp. Hafer, 149 Etr. Rindfleisch (ohne Knochen), 275 Etr. Heu und 315 Etr. Stroh zu liefern habe. Die Herrn Rafalski und Täge fragten an, ob die Mobilmachung der Preuß. Armee nach den Ges. vom 11. Mai 1851 erlassen sei, da weder im Staats-Anz., noch in der Ges.-Samml. die Mobilmachung publicirt wäre, wie solches der § 2 jenes Ges. vorschreiben.

Der Vorsitzende schnitt die Diskussion über diese Frage ab, wie derselbe auch die Annahme eines Protestes, welche 14 Mitglieder schriftlich überreichten, zurückwies. Der Protest richtete sich gegen die ganze Lieferung, da dieselbe jedenfalls eine Bestuerung, welche nach der Verf. ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses nicht zulässig sei. Herr G. Prome verlangte im Namen der 14 Unterzeichner ausdrücklich die Aufnahme des Protestes in das Protokoll und behielt sich weitere Schritte vor.

Bei der Diskussion über die Lieferung, welche der Herr Landrath als durchaus unentwäglich erklärte, wurde hervorgehoben, daß bei der zeitigen enormen Geldtheuerung es den Gutsbesitzern, den kleineren, wie den größeren, schwer fallen würde, eine so bedeutende Leistung in barem Gelde zu machen, dagegen würde die Naturallieferung nicht so schwer fallen. Mit großer Majorität nahm der Kreistag letztere Lieferungsweise, das Fleisch ausgenommen, an. Für die Reparation wurde eine besondere Commission (die Herren Elster, Hoppe, v. Kalkstein, Meißner und G. Prome) gewählt. Die Lieferung muß am 1. und 2. Juni a. c. am hiesigen Weichselufer erfolgen, wo 2 Rähne dieselbe aufnehmen werden.

Dem Gute Dwierzno waren durch Königl. Gnade für die Zeit, daß dasselbe sich im Besitze der Familie von Hippel befinden würde, die adligen Rechte verliehen worden. Der zeitige Besitzer desselben, Herr v. Falkenstein, sucht dieselbe Prärogative nach, welches Gesuch jedoch der Kreistag mit 28 gegen 6 Stimmen zu befürworten ablehnte.

— **Der Charakteristik der hiesigen wirthschaftlichen Zustände.** Seit dem Frieden v. 1815 haben wir in Thorn so traurige Tage nicht erlebt, wie die gegenwärtigen. Die Volkserhebungen im Nachbarlande, das mit uns kommerziell so eng verbunden ist, die Handelskrisis v. J. 1857, die Mobilmachungen v. 1850 einbrachten, die Mobilmachung zur Unterstützung Oesterreichs im italienischen Kriege, — gewiß, alle diese Ereignisse haben keine belebende, sondern eine lähmende Rückwirkung auf den hiesigen Handel und Wandel, wie die Gewerbetätigkeit ausgeübt. Allein alle diese Ereignisse wirkten doch nicht so erschütternd und in solcher Ausdehnung nachtheilig auf das wirthschaftliche Leben unserer Stadt ein, wie heute die Kriegsbereitschaft.

„Die Vervielfältigung der Kommunikationen in neuester Zeit — so sagt der Herr Landrath Steinmann in seinem statistischen Bilde vom Kreise Thorn — namentlich die Eröffnung der Eisenbahn nach Bromberg und Warschau, und der Chausseeverbindungen im preussischen Hinterlande haben schließlich die allererfreulichsten Resultate gehabt. . . Der Handelsverkehr der Stadt ist in Folge dessen ein mannigfaltiger und vielverzweigter. . . Mit dem Handel hob sich auch die Gewerbetätigkeit. Kommerzielle und industrielle Unternehmungen mehrten sich; standen auch bei Beginn derselben verhältnismäßig beschränkte Mittel den Unternehmern zu Gebote, so unterstützte ihre Intelligenz, ihren Fleiß, ihre

Unternehmungslust Kredit. Unsere Kredit-Institute, die städtische Sparkasse, die Kredit-Gesellschaft von G. Prome & Co., der Vorschußverein haben auf das wirthschaftliche Leben unserer Stadt ermunternd, unterstützend, segensreich eingewirkt. Man rechnete, und zwar verständiger Weise, bei all jenen Unternehmungen auf den Fortbestand friedlicher Verhältnisse, also auf den des Menschen allein würdigen, vernünftigen, normalen Zustand. Ihre Bevölkerung war auf dem Wege, und zwar in allen Schichten, eine gut situirte, ja eine wohlhabende zu werden.

Und nun, da noch kein Kanonenschuß gefallen und nur die Kriegsbereitschaft ausgesprochen, welche Veränderung! — „Der Keim des Wohlstands, halb erst ausgegangen Ersänft in ungeheurem Kriegsgewitter.“

Der Handel seckt, der Kredit weicht, Fallimente treten ein, Wechselverbindlichkeiten können nicht erfüllt werden. Die Gewerbetätigkeit muß ihre Arbeit einschränken; die Arbeiter beginnen zu feiern und zu fasten. Jeder beschränkt seine Ausgaben auf das Unerläßlichste. Und dieser traurige Zustand ist nicht etwa die Wirkung einer Handelskrisis, sondern die der Kriegsbereitschaft, der Aussicht auf einen Krieg, dessen Veranlassung Niemand kennt und dessen glücklichen Ausgang für Preußen und Deutschland Niemand verbürgen kann.

Im Kreise herrscht derselbe Nothstand. Giefür nur eine Thatfache. Früher suchten die Arbeitgeber Arbeiter und mußten und konnten sie gut bezahlen, jetzt suchen die Arbeiter Beschäftigung und finden sie spärlich, oder gar nicht.

Mit Hinblick auf diese traurigen Zustände drängt sich von selbst die Frage auf: Könnten es nicht anders, nicht besser um uns stehen? — Ja, wir könnten eine goldene Zeit haben.

Ist diese Behauptung eine Phantasterei, eine unbegründete und vermessene Behauptung? — Wichtigen. Zur Unterstützung desselben bringen wir in Erinnerung ein Wort unseres Königs, — ein weises, ein politisch mächtig wirkendes, ein unsere wirthschaftlichen Verhältnisse richtig würdigendes Wort. König Wilhelm war es, der seinem Volke zurief, Preußen habe nur noch moralische Eroberungen zu machen. Und nichts Anderes wünscht die überwiegende Mehrzahl des preussischen Volkes, als die thatfächliche Verwirklichung dieses Wortes, nichts anderes, als dasselbe Ziel erstrebte und erstrebt die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses. Wie jauchzte Preußen und das übrige Deutschland diesem schönen und humanen Königswort, — und mit Recht zu! Die Verwirklichung dieses Wortes hätte uns geschützt vor dem inneren Konflikt und rüstig würden Regierung und Volk arbeiten an dem Ausbau des Rechtsstaats auf Grundlagen unserer freisinnigen Verfassung. Wir hätten keine Pre-Propheete, keine Bestrafungen freisinniger Beamten, keine Prozesse gegen Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Wir hätten keine Vermehrung der Abgaben und Lasten, sondern, wenn nicht eine Verminderung derselben, so doch höchstens nur die frühere Steuerlast, gesunde wirthschaftliche Zustände; Handel und Wandel würden blühen und die Gewerbetätigkeit vollauf und gewinnreich beschäftigt sein. Wir ständen nicht am Abgrunde einer Kriegsgefahr; Schleswig-Holsteins freisinnige Bevölkerung hätte sich gern den freisinnigen Rechtsstaat Preußen angeschlossen; Preußens Hegemonen in Deutschlands hätte eine sichere und feste Grundlage gewonnen. Sa wir hätten eine goldene Zeit. —

Mögen sich unsere Leser an das schöne, humane und politisch weise Wort unseres Königs erinnern, wenn sie ehestens ihre Stimme beim Wahltage abgeben und dabei nicht vergessen, daß die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses keine Beschränkung der durch die Verfassung begründeten Macht der Krone in keiner Weise, sondern nur die thatfächliche Durchführung jenes Wortes unseres Königs, also eine goldene Zeit für Preußen und Deutschland anstrebt.

— **Turnverein.** In der Generalversammlung 'a. 26. d. Mts. verlas der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Turnfahrten, Schauturnen u. dgl., welche der Verein in den letzten zwei Jahren veranstaltet hat, waren sämmtlich wohl gelungen. Der regelmäßige Turnbetrieb hat sich noch nicht von der vor 2 1/2 Jahre eingetretenen Ebbe erholt. Der Zahl der aktiven Mitglieder überhaupt beträgt 58. Vielleicht, daß die Noth der Zeit diejenigen, welche sich von der Bequemlichkeit haben verlocken lassen, wieder an das erinnert, was sie sich selbst schuldig sind. Der Stand der Kasse ist zufriedenstellend. Es erfolgte dann die Neuwahl des Vorstandes. Derselbe besteht danach aus folgenden Mitgliedern: Böthke, Vors., Plehn, Stellv.; Reichel, Turnw., Schröder, Stellv.; Pilaski Kassenwart, Löwenson, Stellv.; Zum Felde, Schriftwart, Kern, Stellv. — Die Turnübungen finden Mittwoch's und Sonnabends 8 Uhr Abends auf dem städtischen Turnplatze statt. —

— **Der Pflanzmarkt** ist am Montag, d. 28. d. in hergebrachter Weise um 11 Uhr Vorm. eingeläutet worden. Daran ist nun nichts Wunderliches, wol aber bemerkenswerth, daß heuer noch Verkäufer von Auserhalb sich Kosten gemacht haben und hierher gekommen sind.

— **Zum Schiffsverkehrs.** Ein frequenter Verkehr auf der Weichselstraße ist zwar im Laufe dieses Sommers laut Nachrichten aus Polen nicht zu erwarten. Nichtsdestoweniger dürfte es sich empfehlen, daß in Schilno die sanitätspolizeiliche Station wieder hergestellt werde, um der Gefahr des Einschleppens von anstehenden Krankheiten rechtzeitig zu begegnen. Zweifelsohne wird das Königl. Landrath'samt dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit nicht entziehen. Wenn auch heute noch keine Veranlassung zur Besorgnis vor der erwähnten Gefahr gegeben ist, so ist andererseits in beregter Beziehung die größte Fürsorge wohl in Dordnung. Es ist überhaupt nicht notwendig, daß franke oder kränklige Flößer die Grenze passiren.

— **Unglücksfall.** Gestern, am Dienstag, d. 29. um 5 Uhr Nachm., zog ein schweres Gewitter über die Stadt und Umgegend, welches zwar den lang ersehnten Regen brachte, aber auch einen Unglücksfall herbeiführte. In der Victualienbude am Rudacker Fort schlug der Blitz ein, und tödtete dort eine und verwundete mehr und minder gefährlich mehrere Personen.

— **Polizeibericht.** Vom 19. bis 25. d. Mts. sind 9 Diebstähle und 1 Betrug zur Feststellung gekommen.

13 Ruffkötter, 6 Trunkene, 5 Obdachlose und 7 Dirnen sind zur Haft gebracht.
141 Fremde sind angemeldet.
Als gefunden sind eingeliefert: 1 Kinderschuh u. 1 Brille.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Darlehenskassenscheine. Der von dem Stadtkämmerer Hagen zu Berlin in der Angelegenheit der Darlehnskassenscheine beim Magistrat eingebrachte Antrag geht nach einer Mitteilung der „Sp. Stg.“ davon aus, daß die Darlehnskassenscheine verfassungsmäßig nicht oktroyiert werden könnten, daß außerdem zu den in dem Erlasse bezeichneten „öffentlichen Kassen“ die städtischen Kassen nicht gehören. Der Antrag geht daher dahin, die zu erwartenden Darlehnskassenscheine vom städtischen Kassenverkehr auszuschließen. In der Annahme derselben liege eine Gefahr für die Stadtkasse, einmal, weil dieselben dem Papiergelde nicht gleich seien, also auch nicht zu allen Zahlungen verwendet werden könnten, dann aber auch, weil der Fall eintreten könne, daß das Haus der Abgeordneten bei der Vorlage dieser Sache, was doch unter aller Umständen geschehen müsse, die nachträgliche Genehmigung verweigere. Ein Beschluß ist über diese Angelegenheit im Magistrats-Kollegium noch nicht gefaßt worden.

Zu dem am 24. Juni in Danzig stattfindenden Vereinstage des Provinzial-Verbandes der Ost- und West-Preussischen Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist der Antrag gestellt: der Vereinstag wolle sämtliche Credit-Vereine seines Bezirks veranlassen, sich gegen die Annahme der Darlehnskassenscheine zu erklären.

Berlin, den 29. Mai. Roggen besser loco 42 — Spiritus 12 1/2. — Russ. Banknoten 65 1/4.
Danzig, den 29. Mai. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen von 53/77 1/2 Sgr.; gesund von 75/87 1/2 Sgr. — Roggen von 45—48 Sgr. — Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn, den 30. Mai. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund 5 1/2—6 sgr.
Eier: Mandel 3—3 1/4 sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.
Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 152 pCt. Russisch Papier 152 1/2 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberbüchel 10—13 pCt. Neue Silberbüchel 6 pCt. Alte Kopeten 13—15 pCt. Neue Kopeten 45 pCt.

Antliche Tages-Notizen.

Den 29. Mai. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 2 Fuß 1 Zoll.
Den 30. Mai. Temp. Wärme 11 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 2 Fuß 2 Zoll.

Briefkasten.

Eingefandt. Die städtischen Behörden haben, wie bekannt, beschlossen, daß in der Nähe des Militärkirchhofes für die Bewohner der Alt-Kulmer-Vorstadt ein öffentlicher Brunnen hergestellt werden soll. Bis jetzt ist leider dieser Beschluß noch nicht zur Ausführung gekommen. Noch vierzehn Tage und der Wassermangel ist wieder da, welcher die Bewohner jener Vorstadt gezwungen hat, um die Einrichtung jenes Brunnens zu bitten. Ist die Kommune zur Zeit wirklich nicht im Stande dem besagten Mangel abzuhelfen.
Mehrere Bewohner der Kulmer-Vorstadt.

Inserate.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 1. Juni cr.

Nachmittags 4 Uhr

sollen 2 alte bereits abgebrochene Defen im Rathshaus von dem Castellan Herrn Clericus an den Meistbietenden gegen Baarzahlung verkauft werden.

Thorn, den 29. Mai 1866.

Der Magistrat.

Anteile zur Pr. Lotterie werden gesucht. Abz. bitte man in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Jungfernstraße Nr. 220

wird täglich von 6 bis 7 Uhr Abends, gutes Weizen-Ansharffel verkauft.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei Körner, Tischlerstr. Neust. 288.

Täglich frische Milch

à Quart 10 Pf., dicke Milch, saure Sahne und vorzügliche Tischbutter bei Karl Lehmann.

Unser soeben in 8. Auflage erschienenenes Zeitungs-Verzeichniss

welches wir hiermit unseren Geschäftskunden und allen Reflectirenden zur Disposition stellen, enthält auf 72 gr. 8° Seiten die Zeitungspreise aller Länder:

die Titel von mehr als 6000 politischen, wissenschaftlichen, belletristischen und technischen Journalen, sowie Kalendern und Coursbüchern, welche Annoncen veröffentlichen,

unter Angabe des Erscheinens, der Insertionspreise und der Auflagen, soweit dieselben zu ermitteln waren. Das Verzeichniss, wenn auch zunächst nur für unsere Geschäftszwecke bestimmt, darf ein allgemeineres Interesse von Seiten aller, welche sich für die Entwicklung der Zeitungs-Literatur interessieren, in Anspruch nehmen; es übertrifft an Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit Alles, was bisher in dieser Richtung zusammengestellt wurde.

Indem wir bei dieser Gelegenheit unsere Dienste empfehlen, erinnern wir daran, dass unser Geschäftsbetrieb durch das gemeinsame Wirken unserer Comptoire an sechs Hauptstationsplätzen alle Garantien der Sicherheit zu bieten geeignet ist, und das wir dass bisher genossene allseitige Vertrauen auch ferner durch unsere Bedienungsweise zu rechtfertigen bestrebt sein werden.

**Haasenstein & Vogler,
Zeitungs-Annoncen-Expedition,
in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Wien, Basel, Paris.**

Hôtel de Danzig

stehen 2 gute Wagen-Pferde zum Verkauf.

Vorrätig bei Ernst Lambeck in Thorn.

Für Liebhaber der Angelfischerei ist zu empfehlen: Die 5. Aufl. von:

Baron von Ehrenkreutz.

Das ganze der Angelfischerei

oder Anweisung, solche mit dem glücklichsten Erfolge zu betreiben

- 1) Die Fische aus der Ferne herbeizulocken. —
- 2) Von der Laichzeit. — 3) Von den natürlichen und künstlichen Ködern. — Lockspeisen. — Witterung. — 4) Angelgeräthschaften und Reusen. —
- 5) Die verschiedenen Fischarten. — 6) Der beständige Krebsfang. — 7) Fischkalender.

Fünfte verb. Aufl. Preis 25 Sgr.

Violinbogen

werden schnell und billig bezogen
in der Instrumentenhandlung von C. Lessmann.
Al. Gerberstraße 81.

Der Verkauf der Loose zum

Bau eines Kranken- und Verpflegungshauses zu Düsseldorf,

ohne Unterschied des Standes und Bekenntnisses ist mir von der General-Agentur des Herrn Adolph Gestein in Düsseldorf für den hiesigen Ort übertragen worden, und halte ich stets Loose zur gefälligen Abnahme vorrätig.

Ziehung der Lotterie im Juni 1866.

Preis des Loose 15. Sgr.

Der Agent Ernst Lambeck in Thorn.



Verloren!

Sonntag den 27. d. Mts. Abends, ist auf dem Wege von Thorn nach dem Bahnhofe ein goldenes Armband in Form von 2 Schlangen, an deren Köpfen sich statt der Augen Türkisen befinden, verloren. Der Wiederbringer erhält in der Exp. d. Bl. eine gute Belohnung.

Wolfschnur

offerirt billigt M. Meyer & Hirschfeld in Culmsee.

Berliner Piano's

von vorzüglicher Arbeit, schönem Ton und sauberer Spielart empfiehlt die Instrumentenhandlung von C. Lessmann.

Al. Gerberstraße Nr. 81.



Von Freitag den 1. Juni ab werden auf dem Hofe der Defensions-Kaserne nachstehende Baumaterialien als: Mauersteine, Dachsteine, Balken, Kreuzholz, Bretter, Dachlatten, Fenster, Thüren und Defen aus freier Hand verkauft werden.

Möblirte Zimmer sind zu vermieten Neustadt 66 Mineralwasser-Fabrik.

Möblirte Wohnungen auch Pferdebestall, sind sofort gleich zu vermieten Neustadt Gerechtesir. Nr. 105.

Vorschuss-Verein

General-Versammlung

Donnerstag den 31. Mai Abends 8 Uhr im Schützenhause. Tagesordnung: Berichterstattung über die Lage des Geschäfts und Vermögens-Übersicht.

Der Ausschuss.

Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungsabschluss der Bank für 1865 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

63 Procent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Banktheilnehmer in hiesiger Agentur empfängt diesen Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses vom Unterzeichneten, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabschluss zu jedes Versicherten Einsicht offen liegt.

Die Auszahlung findet nur Vormittags in den Wochentagen statt.

Herm. Adolph.

Agent der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha.

Unsichtbare Neze von 1 1/2 Sgr. an.

Feine weiße Blousen für Damen à 1 Thlr.

Blousen für Kinder à 15 Sgr.

Fuchus (Uebertücher in Seide) à 15 Sgr.

Reinleinene Taschentücher für Kinder 1/2

Dgd. à 12 1/2 Sgr., für Damen 1/2 Dgd.

à 25 Sgr., für Herren 1/2 Dgd. à 27 1/2

Sgr. bis zu den feinsten.

Göthe Zwirnkragen und Kragen mit Man-

chetten reeller Preis 25—60 Sgr. verkaufe

für 7 1/2 und 15 Sgr.

Leinene Stulpengarnituren schon zu 4 Sgr.

bis zu den feinsten empfiehlt die Weißwa-

renhandlung von

Moritz Kleemann Culmer-Str.

Ein möblirtes Zimmer Parterre Gerechte-Strasse 123 ist sogleich zu vermieten.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet ist von sogleich ab zu vermieten. Bromberg. = Thor Nr. 233.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet ist zu vermieten Bäckerstraße 166 2 Treppen hoch.

Eine möbl. Vorderstube nebst Burschengelaf ist nahe am Altst. Markt Nr. 164 zu vermieten.

Im Rajewski'schen Hause neben dem botanischen Garten ist eine Sommerwohnung zu vermieten.

G. Hirschfeld.
Culmer-Strasse.

Möblirte Zimmer mit auch ohne Pferdebestall, sind Altstadt Nr. 165 zu vermieten.

Neustädter Markt Nr. 145 sind Wohnungen vermieten.

Zwei möblirte Zimmer (eins mit Kabinet) und Burschengelaf sind zu vermieten.

D. G. Guksch, Wtw.
Breite-Strasse 448.

Heute früh 7 $\frac{3}{4}$ Uhr verschied ganz plötzlich unser geliebter Mann, Vater, Sohn und Bruder, der hiesige Kaufmann

Adolph Gottlieb Feldtkeller

im noch nicht vollendeten 45^{ten} Lebensjahre.

Diese Traueranzeige widmen allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt

Thorn, den 29. Mai 1866

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, Morgens 9 Uhr statt.

Sehr geehrter Herr! Ich vernehme aus dem Briefe Ihrer
Exzellenz, dass Sie sich für die Aufnahme eines
Sohnes in die k. k. Militärakademie interessieren.
Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu erklären, dass
die Aufnahme eines Sohnes in die k. k. Militärakademie
von der k. k. Militärakademie abhängt, welche die
Bedingungen für die Aufnahme festsetzt.

Adolph Gottlieb Feldkeller

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu erklären, dass
die Aufnahme eines Sohnes in die k. k. Militärakademie
von der k. k. Militärakademie abhängt, welche die
Bedingungen für die Aufnahme festsetzt.

Wien, den 30. März 1868

Die Militärakademie

Die Bedingungen für die Aufnahme sind im Anhange
dieser Verfügung enthalten.